

roter

11-2011



Betriebszeitung der DKP für VW-Braunschweig und Wolfsburg

Inhalt

- **Rekordergebnis für wen?**
- **Sitech- kapitalistisches Lehrstück**
- **Fritz zu Anlegerklagen**
- **Terror gegen Suzuki-Arbeiter in Indien**
- **Banken in die Schranken!**
- **Kommunalpolitik**

www.roter-kaefer.de

Rekordergebnis für VW-Konzern - für Beschäftigte auch alles o.k.?

Volkswagen längst die Nr.1 in der Welt

9 Mrd. Überschuss aus dem laufenden Geschäft in nur 9 Monaten

Vorsteuergewinn gegenüber dem gleichen Zeitraum 2010 verdreifacht auf 16,6 Mrd.

Die Rücklagen betragen trotz riesiger Investitionen 21,2 Mrd. €

Diese Schlagzeilen der örtlichen Presse spiegeln vor: alles läuft rund bei Volkswagen!

Für viele Beschäftigte von VW sowie der Töchter Autovision, WOB-AG und Sittech stellt sich das aber ganz anders dar!

● 18 und 21-Schichten sind nach wie vor an der Tagesordnung, die bewilligten und

nötigen Investitionen werden viel zu langsam umgesetzt.

● Bei der Autovision geht es nicht weiter mit den Tarifverhandlungen für eine verbesserte Entgeltstruktur.

● Durch Übernahme von Leiharbeitern in den Haustarif II entstehen besonders in der Halle 30 in Braunschweig Personalverwirbelungen und Unterdeckung. Gepaart mit mangelnder Qualifizierung rufen sie bei den verbliebenen Kollegen hohe Belastungen und Frust hervor. Und, anscheinend um die Unruhe und den Druck möglichst lange zu erhalten, bekommen alle Leiharbeiter bei der Autovision unterschiedlich lange Verträge! Von planvoller Personalentwicklung keine Spur!

● Den Vogel schießt das VW-Management allerdings im Umgang mit den Beschäftigten der WOB-AG und der Auto-

Vision-People in Braunschweig ab. Da fällt dem Controlling plötzlich auf, dass diese, wie die VW-KollegInnen, bezahlte Pausen bekommen. Das sei ungerechtfertigt und müsse sofort geändert werden befand der Vorstand. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und gleiche Arbeitsbedingungen? Ja wo kommen wir denn da hin, das wird doch zu teuer und schmälert den Profit! Da nimmt man den Leiharbeitern lieber zwischen 200 und 450 € jeden Monat weg!

Der Betriebsrat hat natürlich sofort interveniert, aber allein der Vorstoß zeigt, dass Leiharbeitsbeschäftigte vom Vorstand als Beschäftigte 2. Klasse angesehen werden.

Leiharbeit ist eben keine Arbeitsform, mit der man kurzfristige Engpässe beheben will, sondern Billigarbeit mit eingeschränkten Rechten, Druckinstrument gegen die Stammebelegschaft und nicht zuletzt Spaltungsinstrument der Unternehmer. Sie gehört verboten!

Für Volkswagen geht kein Weg daran vorbei: Einstellungen in den Haustarif sofort! Die 5%-Quote des Tarifvertrages darf nicht länger überschritten werden.

Das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit und gleiche Arbeitsbedingungen muss eingehalten werden. Mittelfristig muss VW mit gutem Beispiel vorangehen und die Leih- und Projektarbeit beenden. Das Geld dazu ist da – siehe oben! Und es stammt nicht zum geringen Teil auch aus den Extraprofiten, die mit den prekär Beschäftigten gemacht wurden und werden!



www.kommunisten.de

Sitech - kapitalistisches Lehrstück

Eine unbefriedigende Tarifrunde bei Sitech im Frühjahr 2011, nun Proteste der Beschäftigten, aufgrund dessen Nachbesserungen durch Betriebsrat und Management. Doch einer großen Anzahl Beschäftigter reicht das nicht, sie fordern für die 100%ige VW-Tochter Haustarif II. Was passiert? Der VW-Vorstand droht damit, Sitech an die Konkurrenten Faurecia oder Johnson Controls zu verkaufen, weil die Wirtschaftlichkeit in Gefahr sei (hier die Fertigung von Sitzen) Der Rote Käfer (RK) sprach darüber mit Ulli Schmitz, ehemaliges Mitglied des Betriebsrates bei VW Braunschweig.



RK: Eine typische Erpressung um die Beschäftigten einzuschüchtern?

Ulli: Das sicher auch. Aber alle, die die Geschichte des komplizierten Tarifgebäudes von Volkswagen und seiner Töchtern kennen, wissen: es geht um mehr! Weil der Vorstand schon seit Jahren auf die Ausgliederung von Geschäftsfeldern oder, unter Bernhard, sogar von ganzen Standorten wie das Komponentenwerk Braunschweig gedrängt hat, haben IG Metall und Betriebsrat als Kompromiss Töchter wie Wolfsburg-AG, AutoVision und eben auch Sitech mit niedrigeren Entgeltstrukturen und Sozialstandards zugelassen. So konnten Arbeitsplätze gehalten werden und die Bedingungen waren häufig noch besser als bei den Konkurrenten. Das kleinere Übel also und

vorteilhaft besonders für den Konzern. Gefeierte wurde dies dann meistens als Erfolg. Ehrlicher wäre gewesen zuzugeben, dass diese Ausgliederungen ein Rückschritt und dem internationalen Konkurrenzkampf geschuldet sind.

RK: Und nun wollen die Beschäftigten von den Milliardengewinnen des Konzerns was abhaben?

Ulli: Mit Recht! Sie erfahren teilweise durch direktes Mit- und Nebeneinanderarbeiten hautnah die Unterschiede in Bezahlung und anderen Standards und fangen an sich zu wehren. Die Gewerkschaften bemühen sich natürlich, die Arbeitsbedingungen und Entgeltbedingungen auch bei den Töchtern zu verbessern. Bitter nötig, weil die Entgelte teilweise durch Hartz IV aufgestockt werden müssen. Aber bei Sitech hat die „kooperative Konfliktlösung“ wohl nicht geklappt. Jedenfalls attackiert auch die IGM den Personalvorstand und SPD-Ratsherrn Krüger, der anscheinend die Konzernvorgaben rücksichtslos auf die Beschäftigten abwälzt. Doch der Konflikt schwelt auch bei der AutoVision. Und ungleiche Tarifbedingungen gibt es außerdem bei den VW-Standorten im Osten, die nicht im Haustarif VW integriert sind, sowie am neuen Standort Osna-brück!

Deshalb dürfen die Sitech-Demonstranten aus Sicht des Konzerns keinen Erfolg haben. Deshalb warnen Gewerkschaft und Betriebsrat, „nicht mit dem Feuer“ zu spielen. Ein „Flächenbrand“ bei den VW-Töchtern wäre profitschädigend!

RK: Aber soll bei VW „Beschäftigung“ und „Wirtschaftlichkeit“ nicht gleichrangig sein?

Ulli: Gegenüber „normalen“ kapitalistischen Unternehmen, wo nur der Höchst-

profit zählt, ist es selbstverständlich ein Erfolg, dass diese Gleichrangigkeit in den VW-Tarifverträgen steht. Das ist der Stärke der IG Metall und dem VW-Gesetz zu verdanken. Aber ein Allheilmittel ist das nicht. Da das Prinzip Höchstprofit dem Kapitalismus innewohnt, sind „Erfolge“ immer nur vorübergehend. Es wird VW nicht schwerfallen nachzuweisen, dass es irgendwo auf der Welt Firmen gibt, die Sitze billiger herstellen und damit die Wirtschaftlichkeit nicht mehr gegeben ist. Gewerkschaftspolitisch sind die unterschiedlichen Tarifstrukturen verheerend, weil sie die Belegschaften spalten und einheitliches Handeln erschweren. Auf dem Weg zur Nr.1 in der Welt will der Vorstand den gesamten Konzern auf äußerste Effektivität trimmen. Das bekommen auch die Haustarif-Beschäftigten täglich zu spüren, wenn auch noch auf höherem Niveau. Auch dort wird der Druck noch zunehmen. Es gibt keine „Inseln“ im Kapitalismus.

RK: Was tun?

Ulli: Wir müssen in unserer Gewerkschaft diskutieren, wie unter diesen Bedingungen Erfolge zu erzielen sind. Dazu gehört, die Beschäftigten über die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus aufzuklären. Dazu gehört, klar zu machen, dass die Reallohnverluste der Beschäftigten die Gewinne der Konzerne sind, die damit häufig die Finanzspekulation anheizen. Also: Für kräftige Lohnerhöhungen kämpfen, sowohl im Haustarif und noch mehr bei den Töchtern. Dazu gehört, die Leiharbeiterquote unter 5 % zu drücken mit dem Ziel, Leiharbeit bei VW ganz abzuschaffen. Dazu gehört auch, Kompromisse als solche zu kennzeichnen und nichts zu beschönigen.

Den Beschäftigten von Sitech gehört unsere Solidarität, nur durch Aktionen kann der Kompromiss für sie möglichst gut werden. Aber es wird ein Kompromiss bleiben, mehr ist im Rahmen des Kapitalismus nicht drin. Im schlechtesten Fall können Auseinandersetzungen auch verloren gehen. Wem das zu wenig ist, der muss über den Tellerrand des Betriebes hinausschauen und das Gesellschaftssystem in Frage stellen. Die Proteste gegen die Macht des Finanzkapitals und die Praktiken der Banken und Hedgefonds sind endlich auch in Deutschland angekommen. Bisher gehen aber vorwiegend Angehörige der Mittelschichten auf die Straße. Die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften sollten sich daran beteiligen.

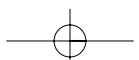


Fritz zu den Anlegerklagen

Die kleine Zeitungsmeldung hat bisher im Betrieb noch keine Diskussion ausgelöst. Alle warten ab, was bei den Klagen rauskommt. Mir hat das aber schon die Zornesröte ins Gesicht getrieben. Ich bin ja nun nicht als der große Verteidiger von Volkswagen bekannt. Aber wenn die Zockerbanden und Couponschneider, diese Bankster (Mischung aus Banker und

Gangster) und Fonds-Smarties, die alles mitnehmen, was sie kriegen können, wenn die dann, wenn sie mal verlieren, vor Gericht ziehen, dann springt mir doch der Draht aus der Mütze. Vor allem deshalb, weil genau wie in der restlichen Wirtschaft, wir wieder die Zeche zahlen würden. Denn das, was Volkswagen den Zockern zahlen müsste, stände für uns nicht mehr zur Verfügung! Aber um diese Sauereien innerhalb und außerhalb der Betriebe zu ändern, müssen wir uns wohl zukünftig mehr in unsere eigenen Sachen einmischen, meint jedenfalls

Euer Fritz



Suzuki-Arbeiter in Indien terrorisiert

Nach einem langen und intensiven Arbeitskampf haben die Arbeiter der Suzuki-Fabrik in Gurgaon, Indien, am 30. September 2011 eine Übereinkunft mit dem Suzuki-Management getroffen.

In Übereinstimmung damit erschienen die Arbeiter am 3. Oktober wieder zur Arbeit, aber Leiharbeitern wurde der Zugang verwehrt. Sie wurden außerhalb der Fabrik von Schlägern angegriffen. In Solidarität mit den Leiharbeitern begannen Suzuki-Arbeiter in drei verschiedenen Unternehmensstandorten am 7. Oktober einen Sitzstreik. Am 9. Oktober kam es zu gewalttätigen Angriffen, unter anderem wurde auf eine Gruppe Arbeiter/innen bei

Suzuki Motorcycles Limited geschossen.

120 Mitarbeiter/innen wurden aufgrund ihrer Teilnahme an den Streiks entlassen. Trotz dieser Angriffe erhält Suzuki die volle Unterstützung der indischen Regierung. Die Arbeiter leisten Widerstand gegen die Einschüchterung seitens des Unternehmens und der Regierung und fordern Suzuki dazu auf, Arbeitsrechte ernst zu nehmen und Verhandlungen zu führen.

VW ist an Suzuki mit 19,9% beteiligt. Ab wieviel Prozent Beteiligung wird eigentlich die „Charta der Arbeitsbeziehungen“ wirksam, die freie gewerkschaftliche Betätigung garantiert?



„Ein Kind, das am Hunger stirbt, wird ermordet.“

Aus einer Rede von Jean Ziegler, langjähriger UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, die er zur Eröffnung der diesjährigen Salzburger Festspiele nicht halten durfte:

„Sehr verehrte Damen und Herren, alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren. 37.000 Menschen verhungern jeden Tag, und fast eine Milliarde sind permanent schwerstens unterernährt. Und derselbe Weltfood-Report der UNO, der alljährlich diese Opferzahlen gibt, sagt, dass die Welt-

landwirtschaft in der heutigen Phase ihrer Entwicklung problemlos das Doppelte der Weltbevölkerung normal ernähren könnte.

Schlussfolgerung: Es gibt keinen objektiven Mangel, also keine Notwendigkeit für das tägliche Massaker des Hungers, das in eisiger Normalität vor sich geht. Ein Kind, das am Hunger stirbt, wird ermordet.“

Die ganze Rede unter ["http://thecaravan.org/node/2974"](http://thecaravan.org/node/2974)

Immer mehr Armut

Knapp 16 Prozent der Menschen sind in Deutschland „armutsgefährdet“. Sie haben weniger als 930 Euro im Monat. Viele können selbst davon nur träumen. Knapp ein Drittel von ihnen kann sich nicht einmal jeden zweiten Tag eine richtige Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder Geflügel leisten, 16 Prozent nicht immer eine warme Wohnung. Diese Angaben stehen im neuen Sozialbericht und gelten für 2009. Also noch vor dem schwarzgelben „Sparpaket“, das zum Beispiel Elterngeld für ALG-II-Bezieher/innen strich.

Dafür werden die Reichen immer reicher. Die Gewinn- und Vermögenseinkommen sind geradezu explodiert. Seit 2000 um satte 30 Prozent – Preissteigerung bereits abgezogen.

Die Politik muss endlich reagieren: Hohe Einkommen, Gewinne und Erbschaften müssen stärker besteuert, die Vermögensteuer muss wieder eingeführt werden. Für Finanzgeschäfte muss die Finanztransaktionsteuer her. So könnte der Armut in einem reichen Land endlich der Garaus gemacht werden.

Rattenlinie aufgefrischt?

In Argentinien ist vom niedersächsischen Ministerpräsident McAllister im Beisein von VW Argentinien-Chef Klima und der argentinischen Staatspräsidentin Kirchner der Startschuß für ein "Ferdinand Porsche Universitäts-Institut" gegeben worden. Laut WN vom 7.10.11 finanziert Volkswagen den Bau des neuen Institutes mit rund 1,8 Millionen Euro. Ferdinand Porsche, Oberführer der SS, Träger des SS-Totenkopfringes, verantwortlich für den Einsatz von 20000 Sklavenarbeitern und KZ-Häftlingen, verantwortlich für den Tod von hunderten Säuglingen und Kleinkindern in den „Kinderheimen“ des Volkswagenwerkes: nun ein Vorbild für junge Studentinnen und Studenten? Ist das eine Auffrischung des Andenkens an die „Rattenlinie“ nach Argentinien? Sie wurde von SS und Vatikan organisiert und ermöglichte die Flucht von SS-Größen, z.B. dem Judenmörder Eichmann, nach der Niederlage der Nazis? Oder gar ein Signal, dass Volkswagen künftig ohne Skrupel mit seiner Nazi-Geschichte umgehen will?

Impressum:

Herausgeber:
DKP Region Braunschweig
V.i.S.d.P.: Werner Hensel
Wilhelm-Raabe-Straße 7, 38104 Braunschweig

www.kommunisten.de

Banken in die Schranken - die Reichen sollen zahlen

Unglaublich, sie haben es schon wieder getan. Die Abgeordneten der Regierungs- und Oppositionsparteien - mit Ausnahme der LINKEN - geben den Banken noch mehr Steuergelder. Auf 780 Milliarden Euro wird der Euro-Rettungsschirm erhöht. Die deutschen Steuerzahler bürgen davon für 211 Mrd. **Die Menschen in Griechenland sehen keinen Cent von diesem Geld. Sie bezahlen mit Verarmung, Arbeitsplätzen und höheren Konsumsteuern, während Banken und Finanzinvestoren abkassieren.**

Die Bankster, diese Mischung aus Banker und Gangster, zocken immer weiter, ohne ein Risiko zu tragen. Denn das Risiko trägt die Allgemeinheit. Allein die Deutsche Bank plant für 2011 einen Gewinn von zehn Milliarden Euro. Damit muß Schluß sein, Großbanken müssen zerschlagen werden und der ganze Bankensektor gehört unter demokratische Kontrolle!

Schulden machen die Reichen immer reicher

Weltweit sind die Reichen heute reicher als vor der Krise. Auch Deutschland wächst nur noch für die Reichen. Während der Reallohn für Otto Normalverdiener zwischen 2000 und 2010 um 2,5% sank, ist das private Geldvermögen seit 2000 um 39 % auf die schwindelerregende Summe von 4 880 Mrd. Euro gestiegen. Fast die Hälfte ist im Besitz von 1 Prozent der Bevölkerung. Allein im Jahr 2010 vermehrten die Reichen in Deutschland ihr Geldvermögen um 220 Mrd. Euro. Würde man den Millionären nur die Hälfte des Zuwachses ihre Geldvermögens wegsteuern, hätte der Staat 110 Mrd. mehr Steuereinnahmen und die Finanzmärkte weniger zum spekulieren.

Aus Empörung wird Bewegung

Die Sozialsysteme werden ruiniert, die Arbeitshetze nimmt immer verrücktere Ausmaße an, die Arbeitslosenzahlen bleiben hoch, die jungen Menschen müssen



Aktion gegen die Macht der Banken.

Die nächste ist am 11. November um 17 Uhr auf dem Kohlmarkt in Braunschweig

sich gleich zu Anfang mal auf Perspektivlosigkeit einrichten, den Alten wird gesagt, sie würden zur unbezahlbaren Last. Unsicherheit prägen Arbeit und Leben. Die Würde des Menschen bleibt auf der Strecke. Diese ungerechten Zustände sind nicht länger tragbar.

Und die Menschen fangen an sich zu wehren: Tausende Amerikaner besetzten in den letzten Wochen gewaltfrei die Wall Street - das Zentrum globaler Finanzmacht und Korruption. Jugendliche, einfache Familien sind nicht mehr bereit, die Rechnung für eine Krise zu bezahlen, die im Kapitalismus wurzelt und von korrupten Eliten verstärkt wurde. Am 15. Oktober haben bei einem weltweiten Aktionstag hunderttausende Menschen für echte Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Transparenz demonstriert, darunter 40.000 in 50 deutschen Städten. Immer mehr Menschen begreifen: Sie haben nur dann eine lebenswerte Zukunft, wenn die Macht der Finanzmärkte, d.h. der Banken und Konzerne überwunden wird.

Lupenreine Demokraten?

Eine knappe Million hat der Braunschweiger Oberbürgermeister Hoffmann mit seiner abgewählten Ratsmehrheit den Reichen zukommen lassen. 500.000 Euro bekam die Firma, die bei der Schulprivatisierung nicht zum Zuge kam, damit sie eine Klage zurückzieht. 390.000 Euro wurden einem "Investor" zugeschoben, der das Schlosscarree gebaut hat und vorher den Platanenhügel plattgemacht hat. Und ausgerechnet diesen Leuten sollen wir abnehmen, dass sie mit der geplanten Bürgerbefragung über die fünfte Gesamtschule Demokratie praktizieren wollen? Seit Jahrzehnten gibt es jedes Jahr eine Abstimmung über die Notwendigkeit weiterer Gesamtschulen, indem fast die Hälfte aller Eltern ihr Kind an einer Gesamtschule anmelden. Diese Schulform ist die einzige deren Bedarf nicht befriedigt wird. Höchste Zeit für eine fünfte und sechste Gesamtschule in unserer Stadt!

Werner Hensel

Atomkraftwerke abschalten – sofort! Atom-Mafia enteignen!



Arbeitsplatzvernichtung bei der BZ

Eine neue Druckerei für 31 Mio € will der WAZ-Konzern, zu dem Braunschweiger Zeitung und Wolfsburger Nachrichten gehören, jetzt am Stadtrand Braunschweigs bauen. In einem Brief an ihren Oberbürgermeister fordert die BZ, dass auf dem frei werdenden Grundstück an der Hamburger Straße ein Lebensmitteleinzelhandelsbetrieb gebaut werden darf. (Das bringt natürlich eine höheren Verkaufspreis für das Grundstück.) Die "Bürgermeisterzeitung" argumentiert mit dem "Erhalt von ca. 80 Arbeitsplätzen". Tatsächlich werden aber 80 Arbeitsplätze vernichtet, denn heute arbeiten in der Drucker noch 160 Beschäftigte. Warum soll diese Zeitung ausgerechnet in eigener Sache die Wahrheit sagen?

Nur Mut!
UZ-Unsere Zeit, Wochenzeitung der DKP
Die Kommunistische unter den Linken.
www.kommunisten.de
Jetzt 4 Wochen kostenlos probelesen!